B-Plan 58

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wird gemäß §12 BauGB nach der Ausfertigung bekanntgemacht.
Der Bebauungsplan wird nach § 215 Abs.3 BauGB gemäß Stadtratsbeschluß vom 1.10.1982 rückwirkend zum 5.7.1979 in Kraft gesetzt.
Ausgefertigt: Koblenz, 16.2.1983 Stadtverwaltung Koblenz Oberbürgermeister
Die ortsübliche Bekanntmachung ist am 16.2.1983 erfolgt.
Koblenz, 16.2.1983 Stadtverwaltung Koblenz im Auftrage Stadtamtmann

Geändert gem. der am 12.6.1974 vom Stadtrat beschlossenen Satzung über die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 58 „Verwaltungszentrum II" (Änderung Nr.2)
Der geänderte Bebauungsplan hat mit seiner Begründung in der Zeit vom 8.7.1974 bis 22.7.1974 gem. § 12 BBauG ausgelegen. Die Änderung hat am 5.7.1974 Rechtsverbindlichkeit erlangt.
Stadtverwaltung Koblenz
Koblenz, 26.9.1974 Oberbürgermeister

Geändert gem. der am 20.3.1986 vom Stadtrat beschlossenen Satzung über die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 58 (Änderung Nr. 3).
Die Änderung wurde gem. § 12 BBauG am 15.7.1986 ortsüblich bekanntgemacht.
Mit dieser Bekanntmachung hat die Änderung Rechtsverbindlichkeit erlangt.
Stadtverwaltung Koblenz In Vertretung
Koblenz, 15.7.1986 Bürgermeister

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wird gemäß §12 BauGB nach der Ausfertigung bekanntgemacht.
Der Bebauungsplan wird nach § 215 Abs.3 BauGB gemäß Stadtratsbeschluß vom 1.10.1982 rückwirkend zum 15.7.1986 in Kraft gesetzt.
Ausgefertigt: Koblenz, 15.8.1986 Stadtverwaltung Koblenz Oberbürgermeister
Die ortsübliche Bekanntmachung ist am 16.2.1987 erfolgt.
Koblenz, 16.2.1987 Stadtverwaltung Koblenz im Auftrage Stadtamtmann

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wird gemäß §12 BauGB nach der Ausfertigung bekanntgemacht.
Der Bebauungsplan wird nach § 215 Abs.3 BauGB gemäß Stadtratsbeschluß vom 1.10.1982 rückwirkend zum 30.7.1991 in Kraft gesetzt.
Ausgefertigt: Koblenz, 15.2.1993 Stadtverwaltung Koblenz Oberbürgermeister
Die ortsübliche Bekanntmachung ist am 16.2.1993 erfolgt.
Koblenz, 16.2.1993 Stadtverwaltung Koblenz im Auftrage Stadtamtmann

Geändert gem. der am 31.1.1991 vom Stadtrat beschlossenen Satzung über die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 58 (Änderung Nr. 5).
Die Änderung wird nach der Ausfertigung gem. § 12 BauGB ortsüblich bekanntgemacht und tritt damit in Kraft.
Stadtverwaltung Koblenz
Ausgefertigt: Koblenz, 29.7.1991 Oberbürgermeister
Die ortsübliche Bekanntmachung ist am 30.7.1991 erfolgt. Damit ist die Änderung in Kraft getreten.
Koblenz, 30.7.1991 Stadtverwaltung Koblenz im Auftrag: Stadtamtmann

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wird gemäß §12 BauGB nach der Ausfertigung bekanntgemacht.
Der Bebauungsplan wird nach § 215 Abs.3 BauGB gemäß Stadtratsbeschluß vom 1.10.1982 rückwirkend zum 16.12.1976 in Kraft gesetzt.
Ausgefertigt: Koblenz, 15.2.1983 Stadtverwaltung Koblenz
Die ortsübliche Bekanntmachung ist am 16.2.1983 erfolgt.
Koblenz, 16.2.1983 Stadtverwaltung Koblenz im Auftrage Stadtamtmann

STADT KOBLENZ

BEBAUUNGSPLAN NR. 58

Verbindlicher Bauleitplan

BAUGEBIET: VERWALTUNGSZENTRUM II

GEMARKUNG: MOSELWEISS

FLUR: 2,3,4

MASSTAB: 1:1000

STADTVERWALTUNG KOBLENZ

Koblenz, den 9.7.1970

PLANUNGSAMT

VERMESSUNGSAMT

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 9.7.1970 dem Entwurf des Planes mit seiner Begründung zugestimmt. Der Entwurf des Planes mit Begründung hat gemäß § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 in der Zeit vom 3.8.1970 bis 3.9.1970 ausgelegen.

Bedenken und Anregungen wurden nicht vorgebracht

Über die vorgebrachten Bedenken und Anregungen hat der Stadtrat 23.10.1970 beschlossen

Das Bebauungsplan ist gemäß § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 durch den Stadtrat am 23.10.1970 als Satzung beschlossen worden.

Koblenz, den 6.11.1970 STADTVERWALTUNG KOBLENZ Oberbürgermeister

Der Bebauungsplan ist gemäß § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 mit Verfügung vom 30. November 1970 – Az.: 460-06 – genehmigt worden.

Koblenz, den 30.Nov.1970 BEZIRKSREGIERUNG KOBLENZ Im Auftrag

Der genehmigte Bebauungsplan mit seiner Begründung hat in der Zeit vom 21.12.1970 bis 4.1.1971 gemäß § 12 des Bundesbaugesetzes ausgelegen.

Die Genehmigung ist am 18.12.1970 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Koblenz, den 27.1.1971 STADTVERWALTUNG KOBLENZ Oberbürgermeister

1 ART DER BAULICHEN NUTZUNG
1.1 Wohngebiete (§ 3 BauNVO)
1.2 Kleinsiedlungsgebiete (§ 4 BauNVO)
1.3 Reine Wohngebiete (§ 3 BauNVO)
1.4 Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)
1.5 Gemischte Baugebiete (§ 5 BauNVO)
1.6 Dorfgebiete (§ 5 BauNVO)
1.7 Kerngebiete (§ 7 BauNVO)
1.8 Gewerbliche Baugebiete (§ 8 BauNVO)
1.9 Industriegebiete (§ 9 BauNVO)
1.10 Sonderbaugebiete (§ 10 BauNVO)
1.11 Wochenendhausgebiete (§ 10 BauNVO)
1.12 Sondergebiete z.B. Hochschul-, Klinik-, Hafen- und Ladengebiete (§ 11 BauNVO)
2 MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 und § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB in Verbindung mit §§ 16 und 17 BauNVO)
2.1 Zahl der Vollgeschosse (Z) als Höchstgrenze
2.2 Grundflächenzahl (GRZ)
2.3 Geschoßflächenzahl (GFZ)
2.4 Baumassenzahl (BMZ)
3 BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN
3.1 Offene Bauweise
3.2 Geschlossene Bauweise
3.3 Baulinie
3.4 Baugrenze
4 BAULICHE ANLAGEN UND TÄTIGKEITEN FÜR DEN GEMEINBEDARF
Flächen der Baugrundstücke für den Gemeinbedarf
Verwaltungsgebäude
Schule
Krankenhaus
Theater
Jugendheim, Jugendherberge
Kinderspielplatz, Kindergarten
5 FLÄCHEN FÜR DEN ÜBERÖRTLICHEN VERKEHR SOWIE FÜR DIE ÖRTLICHEN HAUPTVERKEHRSZÜGE
5.1 Anbauverbot oder Anbaubeschränkung (Straßen)
5.2 Sonstige überörtliche oder örtliche Hauptverkehrsstraßen
6 VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB)
6.1 Straßenverkehrsflächen
6.2 örtliche Parkflächen
6.3 Straßenbegrenzungslinie
6.4 Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen
7 FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN, FÜR DIE VERWERTUNG ODER BESEITIGUNG VON ABWÄSSER ODER FESTEN ABFALLSTOFFEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 5 BauGB)
Flächen oder Baugrundstücke für Versorgungsanlagen oder für die Ablagerung von Abwasser oder festen Abfallstoffen
Elektrizitätswerk
Gaswerk
Wasserwerk
Klärwerk
Müllbeseitigungsanlage
Trafostation
8 GRÜNFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 und § 9 Abs. 1 Nr. 8 BauGB)
Grünflächen
Parkanlage
Friedhof
Zeltplatz
Sportplatz
Badestelle
Spielplatz
Dauerkleingärten
10 WASSERFLÄCHEN UND FLÄCHEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)
Wasserflächen, Hafen
Flächen für die Wasserwirtschaft
11 FLÄCHEN FÜR AUFSCHÜTTUNGEN, ABGRABUNGEN ODER FÜR DIE GEWINNUNG VON BODENSCHÄTZEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 7 und § 9 Abs. 1 Nr. 9 BauGB)
Flächen für Aufschüttungen
12 FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT UND FÜR DIE FORSTWIRTSCHAFT (§ 9 Abs. 1 Nr. 8 und § 9 Abs. 1 Nr. 18 BauGB)
12.1 Flächen für die Landwirtschaft
12.2 Flächen für die Forstwirtschaft
13 SONSTIGE DARSTELLUNGEN UND FESTSETZUNGEN
Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
Stellplätze für Gemeinschaftsanlagen
Garagen
Bauliche Anlagen für besondere räumliche Bindungen
Flächen für Gemeinschaftsanlagen
Zweckbestimmung
Flächen für Stellplätze
Flächen für Garagen
Flächen für Aufschüttungen
Flächen für Abgrabungen
Flächen für Ablager